

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 3/2012 vom 10. Mai 2012, 17.00 Uhr, Stadtratssaal, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Jürg Dällenbach Damen und Herren Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss (ab Geschäft Nr. 30), Jonas Baumann-Fuchs, Claudine Beutler, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Peter Dütschler, Peter Fahrni, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Alain Kleiner, Nora Läng, Serge Lanz, Lukas Lanzrein, Gina Lehnherr, Manfred Locher, Thomas Marghitola, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter (bis Geschäft Nr. 30), Verena Schneiter, Franz Schori, Heinz Schürch, Simon Schweizer, Ursula Stöckli, Peter Stutz, Reto Vannini, Simon Werren
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth Lehmann und Ursula Haller, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Leiter Kulturabteilung Philipp Burkard Controller Christian Meier
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollführerin Alexandra Bachmann
Entschuldigt	Stadträtinnen und Stadträte Martin Allemann, Susanna Ernst, Christian Josi und Matthias Wiedmer

Schluss der Sitzung 19.10 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, schlägt als Ersatzstimmenzähler *Thomas Hiltbold (Grüne)* für die später eintreffende *Suzanne Albrecht Wyss (Grüne)* vor.

Der Rat wählt Thomas Hiltbold (Grüne) stillschweigend als Ersatzstimmenzähler.

28. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 4. April 2012

Das Protokoll wird **vom Rat** einstimmig genehmigt.

29. Sanierung Leichtathletikanlage Lachen

Bewilligung eines Nachkredites zu Lasten Investitionsrechnung

Bericht des Gemeinderates Nr. 8/2012

Gemeinderat Roman Gimmel informiert, dass der Gemeinderat betreffend das Lachenstadion im Herbst 2009 drei Varianten in Betracht gezogen hat. Eine Möglichkeit wäre gewesen, die Anlage nicht zu sanieren. Dies hätte aber bedeutet, dass die Anlage nicht mehr homologiert worden wäre. Zweitens stand die Sanierung der heutigen Anlage zur Debatte. Als dritte Variante wurde der Bau einer neuen Leichtathletikanlage an einem neuen Standort für minimal 3,6 Mio. Franken diskutiert. Der Gemeinde- und Stadtrat hat sich im Frühling 2010 für die Sanierung der Anlage ausgesprochen. Kurz vor der Gutschrift wurden grosse Beträge für den Fussball gesprochen. Eventuell hatte der Kostenvorschlag von 900'000 Franken auch eine psychologische Komponente, damit die Millionengrenze nicht überschritten wurde. Betreffend die Kostenüberschreitung musste zuerst die Zuständigkeit geklärt werden. Ein Baustopp wäre das juristisch korrekte Mittel gewesen, hätte aber eine Verschiebung der Wiedereröffnung und enorme Mehrkosten zur Folge gehabt. Möglich wäre auch das Abwarten aller Rechnungen gewesen. Der Gemeinderat hat nun beschlossen, den Stadtrat sofort einzubeziehen. Die Anlage ist sehr gelungen. Es ist kein Ausbau, sondern nur eine Sanierung, die den Ansprüchen in den nächsten 10 - 15 Jahren genügen soll. Während der Sanierungsphase konnte die Anlage nicht benutzt werden. Nun können die ersten Wettkämpfe planmässig durchgeführt werden. Die Kostenüberschreitung ist nicht gut, aber nicht mehr umkehrbar.

Simon Werren, **SAKO B+L**, stellt fest, dass die Kostenprognose zu optimistisch war. Die Kosten stiegen vor allem aufgrund neuer Vorschriften des kantonalen Gewässerschutzamtes. Die SAKO versteht, dass der Gemeinderat keinen Baustopp verfügt hat und begrüsst es, dass nun die Eigentumsverhältnisse und Zuständigkeiten geklärt werden. Die SAKO unterstützt den Nachkredit mit 6 : 0 Stimmen zu Lasten der Investitionsrechnung.

Für die **BDP-Fraktion** bedauert Stadtrat Werren die Mehrkosten von 180'000 Franken. Es hätten mindestens 10 - 15 % Reserven eingestellt werden müssen. Es wäre zudem angemessen gewesen, die Zuständigkeiten vor der Sanierung zu klären. Dies muss nun nachgeholt werden. Positiv ist, dass die Mehrkosten offen gelegt und nicht im Budget Unterhalt versteckt wurden.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, kann sehr gut nachvollziehen, dass ein Baustopp noch höhere Kosten mit sich gebracht hätte und dass der Entscheid zum Weiterfahren somit ohne rechtliche Grundlage gefällt worden ist. Die Fraktion kann aber nicht verstehen, dass diese Kostenüberschreitung erst so spät festgestellt worden ist, und das Geschäft somit nicht frühzeitig traktandiert werden konnte. Die Geschichte zeigt, dass es kaum Grossprojekte gibt, welche günstiger und schneller fertig gestellt wurden, als ursprünglich vorgesehen. Die Stadt Thun macht da keine Ausnahme. Systematisch werden die Kosten unterschätzt und die Bewilligung von Nachkrediten wird zur Stadtratstagesordnung. Zeigt sich auch zukünftig, dass wichtigen Infrastrukturbauten zu Kostenüberschreitungen von mehr als 20 % führen, dann ist

dies nicht im Sinne vom Steuerzahlenden. In der Zukunft sollen die Kosten kritischer geprüft werden, und den wenigen - aber kritischen Stimmen - mehr Beachtung geschenkt werden. Es ist also nicht dienlich, die budgetierten Kosten zu tief halten, nur damit eine Zusage - sei es seitens Stadtrat, Stimmvolk oder Auftraggeber - erwartet werden darf. Am Schluss zeigt die Rechnung die Kostenwahrheit und jemand muss dafür zahlen. Als Zeichen für fehlendes Vertrauen in die Grossprojekte der Stadt, welche in der Vergangenheit oft zu Nachkrediten führte, wird sich die Fraktion enthalten. Die Enthaltung richtet sich nicht gegen den Sport.

Sandra Ryser, **SVP-Fraktion**, setzte sich damals sehr für den Sanierungskredit ein. Es ist unprofessionell nicht genügend Reserven zu budgetieren. Es ist aber auch am Stadtrat, Kredite genauer zu prüfen. Unverständlich sind die Mehrkosten, die aufgrund des neuen Gewässerschutzgesetzes entstanden sind. Die Zuständigkeiten und Eigentumsverhältnisse sind nicht einfach. Nun gibt es aber kein Zurück mehr. Der Nachkredit ist unbefriedigend. Die Fraktion wird sich deshalb geschlossen der Stimme enthalten; diese Enthaltung richtet sich nicht gegen den Sport.

Manfred Locher, **Fraktion der Mitte**, findet es richtig, dass der Gemeinderat keinen Baustopp verfügt hat. Die Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, stört es, dass der Stadtrat vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Dies passiert nun zum wiederholten Mal. Auch zu bemängeln ist, dass der Stadtrat den Kredit nicht genügend kritisch geprüft hat. Ab jetzt müssen die Vorlagen so erstellt werden, dass Milizpolitiker die Schwachpunkte erkennen können. Grundsätzlich begrüsst die Fraktion eine Entwirrung der Zuständigkeiten. Die SAKO hat die Baustelle besichtigt. Vor Ort zeigt sich, dass die Tribüne und das Umfeld wohl in nächster Zeit saniert werden müssen. Es muss jetzt überlegt werden, wie es mit dem Stadion langfristig weitergehen soll. Die Fraktion wird dem Nachkredit mit Missfallen zustimmen.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, zitiert aus dem Sportleitbild der Stadt Thun. Im vorliegenden Geschäft stellen sich die Fragen mehr beim Konstrukt Genossenschaft Stadion Lachen und Kunsteisbahn Thun als bei der Sanierung der Laufbahn. Die Fraktion begrüsst daher, dass die Eigentumsverhältnisse und Zuständigkeiten analysiert werden. Die vorgelegten Zahlen für den Nachkredit sind nachvollziehbar. Sie beruhen auf einer unterschiedlichen Definition und Interpretation der Stadt und des Kantons bei der Versickerung von Oberflächenwasser bei Sportanlagen. Die Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu.

Konrad Hädener (CVP) hat sich persönlich sehr stark für den Kredit eingesetzt. Nachkredite sind soweit als möglich zu vermeiden. Allerdings rückt das Geschäft nun in ein schlechtes, nicht verdientes Licht. Als ehrenamtlicher Präsident der Leichtathletikvereinigung hat er das Projekt eng begleitet. Die Entwässerung wurde vor etwa drei Monaten das erste Mal zum Thema. Das Geschäft ist somit sehr rasch in den Rat gekommen. Die vom Gemeinderat gewählte Variante ist die Beste, weil sie die geringsten zusätzlichen Kosten verursachte. Die Projektleitung und die Zusammenarbeit sind gar nicht zu bemängeln. Problematisch ist, dass beim Sanierungskredit die Risiken der kantonalen Gewässerschutzauflagen nicht richtig bewertet wurden. Nach wie vor ist die Stadt der Meinung, dass die kantonalen Auflagen bezüglich der Versickerungsmassnahmen nicht angebracht waren. Natürlich hätte der Gemeinderat dagegen opponieren können. Dies hätte im Endeffekt wohl aber einen noch höheren Nachkredit ausgelöst. Die Lehren müssen gezogen werden. So müssen bei der Sanierung der Kunsteisbahn Grabengut neben den Kosten für den Gewässerschutz auch die Störfallverordnung, zusätzliche Lärmschutzmassnahmen und die Auflagen im Bereich Energie genügend hoch budgetiert werden. Keinen Zusammenhang haben die Mehrkosten mit den Eigentumsverhältnissen und den Zuständigkeiten. Insbesondere trifft die Stadiongenossenschaft keine Schuld an den Mehrkosten.

Für Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, ist es unverständlich, dass das neue Gewässerschutzgesetz, das spätestens im Jahr 2010 bekannt war, nicht in die Kostenberechnung einbezogen worden ist. Entweder wurde schlecht gearbeitet oder aber wurden die Kostenfolgen bewusst nicht kommuniziert. Die Fraktion wünscht, dass in Zukunft solche Nachkredite vermieden werden.

Konrad Hädener (CVP) wiederholt, dass nicht das Wissen um das neue Gesetz, sondern dessen unterschiedliche Auslegungen durch die Stadt und den Kanton zu Mehrkosten für die Stadt führte. Umstritten war beispielsweise die Wahrscheinlichkeit einer Ölverschmutzung auf der Leichtathletikbahn. Die Stadt schätzte dieses Risiko verschwindend ein, der Kanton verlangte bauliche Massnahmen.

Gemeinderat Roman Gimmel hat die Reaktionen so erwartet. Er stellt fest, dass es zwischen dem Gemeinde- und Stadtrat keine Differenzen gibt. Ein Nachtragkredit ist per se schlecht. Die Fragen der Zuständigkeiten werden diskutiert. Die kantonalen Vorgaben sind unterschiedlich interpretierbar. Ein Gerichtshandel mit dem Kanton hätte die Wiedereröffnung des Stadions weit herausgezögert. Im Tiefbau ist es sehr schwierig, einen guten Kostenvoranschlag auszuarbeiten, da der Untergrund immer wieder Überraschungen bietet. Es sollte darum eine neue Art der Budgetierung geprüft werden. Der Kanton Bern zum Beispiel versucht bei der Budgetierung, alle möglichen unvorhersehbaren Kostenkomponenten zu benennen und einzeln mit einem Betrag zu budgetieren.

Der Rat genehmigt mit 22 : 0 Stimmen und 13 Enthaltungen folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 68 Absatz 1 i.V.m. Artikel 40 lit. a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 26. April 2012, beschliesst:

1. Bewilligung eines Nachkredites von CHF 180'000.-- als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 565/3412.008.0, (Bestandesrechnungs-Konto Nr. 1179.10.01) für zusätzliche Ausgaben für die Sanierung der Leichtathletikanlage Lachen.
2. Der bewilligte Gesamtkredit beträgt somit neu CHF 1'080'000.--.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

30. Kultur- und Kongresszentrum KKThun

Betrieb KKThun: Nachkreditbeschlüsse zu den Rahmenkrediten vom 5. November 2009 betreffend Kostenproblem für Veranstalter und Attraktivierung Lachensaal

Bericht des Gemeinderates Nr. 9/2012

Eintretensdebatte

Gemeinderätin Ursula Haller weist darauf hin, dass der Gemeinderat Fragen zur Finanzierung des Kultur- und Kongresszentrums (KKThun) im Vorfeld schriftlich beantwortet hat. Zudem ist das Wortprotokoll der Informationsveranstaltung von letzter Woche auf dem Extranet aufgeschaltet. In der Stadtratsbotschaft hat der Gemeinderat das Wichtigste in Kürze dargestellt. Die Unterstützung von kulturellen Vereinen, wie der Kunstgesellschaft oder dem Stadtorchester, ist sehr wichtig; andernfalls wird die Situation für diese Vereine existenzbedrohend. Während dem Umbau konnten die erwähnten Institutionen nicht in ein anderes Lokal in Thun ausweichen. Zudem werden die Vereine von vielen ehrenamtlichen Personen unterstützt. Es reicht nicht, nur das Sponsoring zu verbessern. Der Gemeinderat macht in der Stadtratsbotschaft Vorschläge für Belegung des Lachensaales. Er beantragt einen Nachkredit von 160'000 Franken. In der Botschaft werden auch die Eigenleistungen des KKThun in diesem und dem folgenden Jahr aufgezeigt. Der Gemeinderat hat umfassend informiert. Im März 2007 haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dem Ausbau des Schadausaals in ein Kultur- und Kongresszentrum zugestimmt. Die Sanierung war äusserst notwendig. Eine gut besetzte Jury hat einen Bewerber ausgewählt. Das Verfahren zeigte, dass eine rein privatwirtschaftliche Lösung ohne die Beteiligung der öffentlichen Hand bei einem solchen Betrieb unvorstellbar ist. Die KKThun hat seine Modalitäten von Beginn weg offen gelegt. Das Exklusivrecht der Betreiber war eine Voraussetzung. An der Informationsveranstaltung wurde ausführlich dargelegt, dass die verlangten Preise absolut massvoll sind. Der Stadtrat hat sich im Jahr 2009 explizit für eine Übertragung des KKThuns an einen Privaten ausgesprochen. Selbstverständlich kann über den Betriebs- und Nutzungsvertrag diskutiert werden. Eine grundsätzliche Infragestellung der Organisationsform nach nur einem Jahr wäre aber aus Sicht des Gemeinderates nicht sinnvoll. Der Betrieb muss sich zuerst etablieren. Schon jetzt ist das Auftragsbuch gut gefüllt. Daniel Schneider, Geschäftsführer des KKThun, ist für die Stadt ein Glücksfall. Ihm und seiner Crew soll Sorge getragen werden. Über die Höhe der Kosten kann sehr wohl diskutiert werden. Dabei darf der Gesamtblick aber nicht verloren gehen. Es

muss beachtet werden, dass die Hotellerie und die Geschäfte in Thun von den Veranstaltungen sehr profitieren. In zwei bis drei Jahren wird sich das Geschäft rentieren. Der Gemeinderat wird nun den Voten sehr gut folgen und das Geschäft nach der Diskussion zurückziehen, um es zu überarbeiten. Es soll nicht sein, dass ein Geschäft aufgrund von Verunsicherungen scheitert. Allfällig geplante Rückweisungsanträge sind demnach obsolet.

Laut Peter Stutz, **SAKO BiSK**, wurden die Stadträte im Vorfeld an der Informationsveranstaltung und in der Sachkommission gut über das Geschäft informiert. Die Auslastung des KKThuns steigt. Die Stadt zeigte auf, dass schon vor dem Bau ungedeckte Kosten von jährlich 1,3 Mio. Franken angefallen und dass die Exklusivrechte gerechtfertigt sind. Der Bärensaal sollte absichtlich umgenutzt werden, um die Vereine in das KKThun zu locken. An der Informationsveranstaltung waren sich die Votanten einig, dass der Vertrag mit dem KKThun verbesserungswürdig ist. Allerdings hat der Stadtrat diesen Vertrag einst selbst abgesegnet. Auch die Kosten sind selbstverschuldet, wollte die Stadt doch ein neues KKThun. Sehr bestritten ist, ob es richtig ist, den Betreibern die Abweichungen von den Schätzungen bar auszahlungen. Dass sich die Betriebskosten nicht genau an die Schätzungen halten werden, war absehbar. Es ist klar geregelt, dass das unternehmerische Risiko beim Betreiber liegt. Die beantragte Defizitgarantie für den Lachensaal würde die Mieten verringern, was weniger Subventionen zur Folge hätte. Die SAKO BiSK hat sich mit 3 : 1 Stimmen und drei Enthaltung gegen den Antrag des Gemeinderates ausgesprochen.

Die **Fraktion Grüne** weist darauf hin, dass die Betreiber von der Stadt ein neues Gebäude erhalten haben. In den ersten fünf Jahren zahlt die Stadt dem Betreiber rund 2,71 Mio. Franken für die Erfüllung der städtischen Anforderungen. Nun reicht dieser Betrag nicht. Die Begründungen für diesen Nachkredit von 448'000 Franken (Antrag 1) sind für die Fraktion nicht nachvollziehbar. Man kann nicht überrascht sein, dass eine Verdoppelung der Saalmieten die Vereine abschreckt und dass die Exklusivrechte die Kosten für die Saalmiete erhöhen. Zudem kann es nicht sein, dass Fehler bei Berechnung der Mehrwertsteuer durch die Stadt bezahlt werden müssen und die geringeren Aufwendungen der Stadtliegenschaften an den Betreiber ausbezahlt werden sollten. Geringere Aufwendungen in diesem Bereich waren ja ein beabsichtigter Spareffekt für die Stadt. Die Unterstützung einzelner Vereine, zum Beispiel des Stadtorchesters, ist unbestritten. Diese Unterstützung soll aber direkt via Kulturkommission erfolgen. Einzig der Antrag 2 hat bei der Fraktion gewisse Sympathien. Die finanzielle Situation ist gegenüber früher schlechter. Früher lagen die ungedeckten Kosten bei 1,3 Mio. Franken. Heute betragen die ungedeckten Kosten für die kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen sowie für die Subventionierung ungefähr 2,5 Mio. Franken pro Jahr. Sie sind also doppelt so hoch wie früher. Der Betreiber hat letztes Jahr nur einen Kostenbeitrag von 0,8 % geleistet. Überraschend ist die Medienmitteilung der FDP. Entgegen ihrer politischen Einstellung fordert sie nun die Erhöhung von Subventionen, direkte Finanzierungen und Exklusivrechte für den Betreiber statt den freien Markt. Die Fraktion verzichtet angesichts des geplanten Rückzuges des Geschäftes durch den Gemeinderat auf einen Rückweisungsantrag. Sie dankt dem Geschäftsführer des KKThuns, Herrn Schneider, für seinen Einsatz.

Jonas Baumann, **Fraktion der Mitte**, teilt mit, dass die Fraktion ebenfalls die Rückweisung des Geschäftes beantragt hätte. Die Fraktion ist der Überzeugung, dass im KKThun gut gearbeitet wird. Das Konstrukt wird deshalb keinesfalls in Frage gestellt. Das KKThun ist aber nicht für alle Vereine die beste Lösung. Gerade für kleinere Vereine ist es nicht der kostenoptimalste Ort. Es macht daher keinen Sinn diese Vereine in das KKThun zu locken. Generelle Vergünstigungen sind ökonomisch unsinnig. Sie werden einzelne Vereine zum Wechsel in das KKThun zwingen. Einerseits werden dadurch andere Lokaltäten benachteiligt, andererseits verdrängen die subventionierten Vereine, bei der stetig steigenden Auslastung des KKThun, gut zahlende und passendere Kunden. Das ist nicht nötig. Der Saal ist gut und muss nicht künstlich gefördert werden. Kulturunterstützungen sind nur für diese Akteure notwendig, für die das KKThun der optimalste Ort ist. Die Verantwortlichen sollen das KKThun auf dem Markt ohne künstliche Unterstützung stärken. Die betreibenden Firmen kennen die Bedingungen im KKThun. Andererseits ist es notwendig, dass bei Falscheinschätzungen wie bei den Parkplätzen, Anpassungen vorgenommen werden. Die Fraktion erwartet vom Gemeinderat, dass dieser genau aufzeigt, wo gefordert und wo gefördert werden soll.

Peter Dütschler, **FDP-Fraktion**, orientiert, dass er Mitglied des Beirats ist, für diese Arbeit aber keinen Lohn bezieht. Das KKThun wird von einem Privaten betrieben. Man muss sich bewusst sein, dass der frühere Kulturbetrieb mehr gekostet hat. Die Kosten waren früher nicht transparent ausgewiesen. So sollen in diesem Geschäft nicht zusätzliche Subventionen gesprochen, sondern ein Ausgleich für die gekürzten Subventionen beschlossen werden. Das KKThun hat heute eine doppelte Kapazität, eine andere Wertschöpfung und fünf Angestellte und kostet die Stadt nach Zustimmung des vorliegenden Zusatzkredites von 608'000.-- immer noch 150'000 Franken pro Jahr weniger. Es ist sehr wahrscheinlich, dass diese Gelder bei den Subventionen eingespart wurden. Vereine, die sich für den Saal eignen, sollen deshalb unterstützt werden. Die Mehrkosten, die moniert werden, zeigen, wie gut der Gemeinderat verhandelt hat. Die Stadt hat das Doppelte und zahlt dabei weniger. Die Fraktion findet es schade, dass der Gemeinderat das Geschäft zurückziehen will. Das KKThun ist eine Erfolgsgeschichte. Der Gemeinderat schlägt nur Feinjustierungen vor.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, freut es, dass das Geschäft zurückgezogen wird. Ein etwas früherer Rückzug hätte aber viele Umtriebe erspart. Die SP steht zu einer vielfältigen Kultur und hat Investitionen in diesem Bereich immer zugestimmt. Die Fraktion hat in der Diskussion keine Einigkeit gefunden und hätte darum einen Rückweisungsantrag gestellt. Gewisse Fragen müssen noch beantwortet werden. Klar ist, dass die Fraktion die in der Vorlage aufgeführten Vereine unterstützen will. Es fragt sich aber, ob dies nicht zu einer Ungleichbehandlung mit anderen, nicht subventionierten Vereinen oder Veranstaltern führen wird. Die Bedürfnisse bezüglich der Lokalitäten muss bei den Vereinen nochmals geklärt werden und es müssen Alternativen, wie zum Beispiel die Erhöhung der Subventionsbeiträge, geprüft werden. Ausserdem ist eine langfristige, über die zwei Jahre hinausgehende, Planung notwendig. Die Fraktion unterstützt die Idee einer Defizitgarantie für den Lachensaal (Antrag 2) im Grundsatz. Da der Betrag sehr hoch ist, wünscht sie Informationen über die Vorgaben, einen Vergleich mit anderen Institutionen und die Konsequenzen für andere Veranstalter. Zudem sollen die Exklusivrechte betreffend das Catering nochmals diskutiert und eventuell aufgeweicht werden. Zudem wäre mehr Transparenz beim Geldfluss zwischen der KKThun und den Gründerfirmen für die Vertrauensbildung sinnvoll. Geprüft werden soll auch, ob das KKThun nicht selber Sponsoren suchen soll.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, informiert, dass die Fraktion die Anträge des Gemeinderates einstimmig und mit grosser Überzeugung unterstützt hätte. Die Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Transparenz und die frühe Darlegung der finanziellen Situation. Die Sorgen der Vereine sind anerkannt. Es war aber immer klar, dass mit dem Neubau auch die Kosten anders ausfallen werden. Es kann aber nicht sein, dass grosse Vereine mit vielen ehrenamtlich arbeitenden Personen ausserhalb der Stadt Lokalitäten suchen müssen, weil sie das KKThun nicht bezahlen können. Die Betreiber sind gehalten die Gemeinsteigerung des KKThun zu fördern. Die Stadt ist im Gegenzug verpflichtet, dem KKThun auf dem Markt eine realistische Chance zu geben. Der bestehende Vertrag soll kritisch überprüft werden. Alle sollen sich gegenseitig unterstützen. Die Fraktion dankt den Betreibern des KKThun, die sich mit Herzblut engagieren.

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, unterstützt den Rückzug des Geschäftes durch den Gemeinderat. Die Fraktion dankt dem Gemeinderat und dem Betreiber des KKThun für die Informationsveranstaltung und die Auskünfte in der Kommission. Es ist muss genau geklärt werden, welche Bedürfnisse die Vereine haben und welche Orte für diese geeignet sind. So soll geprüft werden, für welche Vereine der Bärensaal der besser geeignete Ort ist. Der Vertrag zwischen der Stadt und dem KKThun vermischt die operativen Aufgaben der beiden Parteien. So hat die Stadt bei der Planungs- und Erfolgsrechnung ein Risiko übernommen, das bei der KKThun liegen würde. Die Trennung zwischen der Stadt und dem privaten Betreiber muss konsequenter umgesetzt werden. Der Vertrag soll in diesem Punkt verbessert werden. Heute ist es zu früh, um Nachkredite zu sprechen, da das KKThun erst seit knapp einem Jahr in Betrieb ist. Das jetzige Betreibermodell hat den Vorteil, dass die Rechnungslegung nach dem Obligationenrecht zu erfolgen hat und nun transparenter ist. Die Arbeit des Betreibers muss durch den Verwaltungs- und nicht durch den Stadtrat beurteilt werden. Die Fraktion geht aber davon aus, dass gute Arbeit geleistet wird. Die SVP wird sich gegen eine Budgeterhöhung im Bereich Kultur wehren. Wenn Gelder für kulturelle Vereine gesprochen werden, muss dies innerhalb dieses Bereiches kostenneutral erfolgen. Eine Defizitgarantie für einzelne Veranstaltungen lehnt die Fraktion ab. Dies ist nicht die Aufgabe der Stadt und würde auch bei weiteren Akteuren Begehrlichkeiten wecken. Es muss dem Stadtrat bewusst sein, dass auch Beträge für die Jahre 2014/15 gesprochen werden müssen. Darum ist zum heutigen Zeitpunkt umso mehr Vorsicht geboten.

Franz Schori (SP) führt die viele Fragen und das Misstrauen auf die verunglückte Investitionsplanung und den Vertrag mit der KKThun AG zurück, dessen Wirkung vielen erst nach Inkrafttreten bewusst geworden ist. Der Rückzug des Geschäftes ist dienlich. Es sind nun vertrauenswirkende Massnahmen und nachhaltige Lösungen über das Jahr 2015 hinaus notwendig. Der Gemeinderat ist entsprechend gefordert. Gefordert sind aber auch die KKThun AG und ihre Eigentümerfirmen Eclipse und Transfair. Diese müssen sich noch mehr als in den letzten Tagen bewegen, um nicht Rufe nach einer vorzeitigen Auflösung des Vertrags zu wecken. Die SP-Fraktion kann sich durchaus vorstellen, das Budget im Bereich Kultur zu erhöhen.

Gemeinderätin Ursula Haller weist darauf hin, dass der Gemeinderat die Voten verfolgt hat und sie analysieren wird. Einige Aussagen waren falsch. Der Gemeinderat verzichtet aber in der heutigen Debatte auf deren Berichtigung. Sicher ist, dass der Gemeinderat sehr rasch auf die Unstimmigkeit bei den Planerfolgswerten reagiert hat. In der Abstimmungsbotschaft zum KKThun war klar, dass der Bärensaal nicht auch saniert werden kann. Vor allem betreffend die Vereine bittet sie den Rat um Unterstützung, damit rasch finanzielle Hilfe geleistet werden kann. Der Gemeinderat zieht das Geschäft zurück.

31. Fragestunde

F 3/2012 betreffend Spitalliste; Gina Lehnherr (glp) vom 7. Mai 2012

Die schriftliche Antwort des Gemeinderates auf die Frage 3/2012 liegt auf.

32. Motion betreffend KEV Überbrückung für erneuerbare Stromproduktion in Thun

Fraktion Grüne vom 10. Mai 2012; Dringlichkeit

Peter Stutz, **Fraktion Grüne**, begründet die Dringlichkeit. Es ist notwendig, dass die Stadt an der GV der Energie Thun AG vom 5. Juni 2012 eine Regelung zur Überbrückung betreffend Finanzierung von erneuerbaren Energien im Reglement verankern kann. Die Motion soll darum möglichst rasch behandelt werden.

Stadtpräsident Raphael Lanz lehnt die Dringlichkeit ab. Falls die Motion angenommen würde, könnte die notwendig Reglementsänderung nicht innerhalb der geforderten Frist bis am 5. Juni 2012 vorgenommen werden. Selbstverständlich wird der Vorstoss raschestmöglich behandelt.

Konrad Hädener (CVP) weist darauf hin, dass die nächste Stadtratssitzung am 7. Juni 2012 stattfindet und der Vorstoss, ob dringlich oder nicht, nicht termingerech behandelt werden kann.

Peter Stutz, **Fraktion Grüne**, verzichtet auf die Dringlichkeit.

Mitteilungen

Der Stadtratspräsident weist auf die Flyer für den Jugendtag vom 2. Juni 2012 hin. Die Anzahl der Anmeldungen der Jugendlichen ist noch nicht sehr hoch. Er bittet die Stadratsmitglieder, Werbung zu machen.

Eingänge

- Motion betreffend KEV Überbrückung für erneuerbare Stromproduktion in Thun; Fraktion Grüne und Mitunterzeichnende vom 10. Mai 2012 (Dringlichkeit zurückgezogen)
- Postulat betreffend Beitritt der Stadt Thun zum Komitee Mühleberg Ver-Fahren; Fraktion Grüne und Mitunterzeichnende vom 10. Mai 2012

Der Stadtratspräsident

Der Stadtratssekretär

Jürg Dällenbach

Remo Berlinger